



stern PLUS Gesellschaft Politik Panorama Kultur Lifestyle Digital Wirtschaft Sport Gesundheit Genuss Reise Familie

Gesellschaft > Bürgergeld: Aktivistin Helena Steinhaus über "ein System der Angst"

+ INTERVIEW HALBES JAHR NACH REFORM

"System der Angst": Sie bekam einst selbst Hartz IV- und setzt sich heute für Bürgergeld-Beziehende ein



"Wer Bürgergeld bekommt, steht unter Betrugsverdacht": Helena Steinhaus leitet den Verein Sanktionsfrei. Sie kämpft für eine Grundsicherung ohne Misstrauen gegenüber den Beziehern

© Oliver Betke



von Nico Schnurr

20.06.2023, 17:04 • 7 Min.

MERKEN

Früher bezog Helena Steinhaus Hartz IV. Heute setzt sie sich für andere ein, denen das Bürgergeld gekürzt wird. Im Interview spricht sie über die Misstrauenskultur in den Jobcentern, abgelehnte Darlehen – und ein Leben unterhalb des Existenzminimums.

Frau Steinhaus, seit einem halben Jahr ist Hartz IV nun Geschichte. Was hat sich mit dem Bürgergeld verändert?

Definitiv zu wenig. Es gibt kleine Fortschritte, aber nichts, was den neuen Namen rechtfertigt. Bürgergeld ist Bürgerhartz, nichts sonst. Das System produziert nach

wie vor blanke Not.

Dabei hatte die Bundesregierung mit dem Bürgergeld doch "eine neue Vertrauenskultur" versprochen.

Von der spüre ich nichts. Im Gegenteil. Es herrscht Misstrauen. Wer Bürgergeld bekommt, steht unter Betrugsverdacht. Der Regelsatz wird künstlich niedrig gerechnet. Und das karge Existenzminimum kann sogar noch gekürzt werden kann, als Sanktionsmaßnahme und Druckmittel.

Bei Hartz IV konnten Jobcenter die Bezüge lange komplett einbehalten. Nun ist nur noch eine Kürzung um 30 Prozent möglich. Ist das nicht ein Fortschritt?

Ja, aber ein Fortschritt, der vor dem Bundesverfassungsgericht erkämpft werden musste. 14 Jahre lang waren Sanktionen bis zu hundert Prozent möglich. Erst das Urteil von 2019 hat diese verfassungswidrige Praxis beendet. Trotzdem steckt der Geist der Schwarzen Pädagogik immer noch im Bürgergeld: Wer einen Termin im Jobcenter verpasst, muss mit einer Kürzung von zehn Prozent der Monatsleistung rechnen. Nimmt man einen Job nicht an, können schrittweise bis zu 30 Prozent wegfallen – und das für drei Monate. Menschen das Existenzminimum zu kürzen, ist ein krasser Eingriff. Es müssen andere Wege gefunden werden, um sie zu erreichen. Mit Sanktionen gelingt das nicht.

Das Bundesverfassungsgericht hält eine Kürzung von 30 Prozent der Leistungen in einem Urteil von 2019 für im Prinzip zulässig.

Das Gericht hält eine Kürzung von 30 Prozent für einen schweren Eingriff in die Würde, der gut begründet sein muss. Die Sanktionen müssten bewirken, dass Menschen dauerhaft in Arbeit kommen. Aber das ist nicht der Fall.



Helena Steinhaus, 35, ist Gründerin und Geschäftsführerin von Sanktionsfrei. Der Verein unterstützt unter anderem Bürgergeld-Empfänger, die von Kürzungen betroffen sind. Steinhaus hat Kulturwissenschaften in Frankfurt (Oder) studiert

© Imago

Nein?

Sanktionen verfehlen ihr Ziel. Sie motivieren nicht, sie frustrieren und verstärken das Ohnmachtsgefühl. Das zeigt unter anderem eine Studie vom Berliner Institut für empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das der Bundesagentur für Arbeit untersteht, findet keine nachhaltigen Beweise für die positive Wirksamkeit von Sanktionen. Dieser Bestrafungsmechanismus produziert vor allem Leid. Und das nicht nur bei denen, die unmittelbar davon betroffen sind.

Bei wem noch?

Bei allen, die Bürgergeld beziehen. In jedem Schreiben, das sie bekommen, wird mit Sanktionen gedroht: Wenn du dieses oder jenes machst oder nicht machst, wird das Konsequenzen haben. Es ist ein System der Angst. Man muss auch noch um das Wenige fürchten, das man bekommt. Permanent dieser Drohkulisse ausgesetzt zu sein, auch das zeigt eine Studie, kann Menschen krankmachen.

Ist es nicht legitim, dass man Termine wahrnehmen muss, wenn man staatliche Hilfen in Anspruch nehmen will?

Wir reden über das gesetzlich verankerte Existenzminimum, nicht über einen Bonus zur Belohnung für irgendetwas. Die Grundsicherung ist ein Rechtsanspruch auf Basis unseres Grundgesetzes. Das sage nicht ich, das sagt das Bundesverfassungsgericht. Ist es eine würdevolle gesicherte Existenz, wenn einem das Allernötigste, das eh kaum zum Leben reicht, in Teilen wieder genommen werden kann?

Sie haben vor einigen Jahren den Verein Sanktionsfrei gegründet, um den Kürzungen etwas entgegenzusetzen.

Wir wollen die Sanktionen aushebeln. Natürlich gelingt das nicht in allen Fällen, aber punktuell schon. Wir setzen uns für eine angstfreie und würdevolle Grundsicherung für alle ein.

Wie funktioniert dieses Aushebeln?

Der Verein sammelt Spenden. Mit dem Geld gleichen wir Sanktionen aus. Bürgergeld-Beziehende können sich bei uns melden, wenn ihnen die Bezüge gekürzt wurden. Dann überweisen wir ihnen die fehlende Summe. Wir lassen auch prüfen, ob die Sanktionen rechtmäßig waren. Falls nicht, bieten wir juristische Hilfe an, damit sich die Betroffenen wehren können. Viele Sanktionen haben tatsächlich keine juristische Grundlage, sondern beruhen auf Willkür.



VON TWITTER AUF DIE STRASSE

Mitinitiatorin von #IchBinArmutsbetroffen: "Ich brauche keine Spartipps von Politikern. Da fühle ich mich verhöhnt"

Haben Sie weniger zu tun, seit es das Bürgergeld gibt?

Im Gegenteil. Während der Pandemie waren die Sanktionen zeitweise ausgesetzt. Auch im zweiten Halbjahr 2022 gab es keine Kürzungen – ein Experiment, das ausgewertet werden sollte. Das ist aber de facto nicht passiert. Mit dem Bürgergeld kamen die Sanktionen zurück. Wir haben gerade mehr zu tun als vorher. Auch, weil wir mit dem Verein verschiedene Arten der Kürzung bekämpfen.

Inwiefern?

Wir springen zum Beispiel juristisch ein, wenn Darlehen oder Anträge abgelehnt werden. Oder, wenn die Leistungen entzogen oder Wohnkosten nicht anerkannt werden. Bei finanziellen Engpässen zahlen wir Geld aus unserem Solidartopf aus. Genauso ernst wie die Einzelfallhilfe nehmen wir aber auch die Öffentlichkeitsarbeit. Wir wollen nicht dauerhaft das System flicken, sondern es verändern.

Mit dem Bürgergeld wurde der Satz für alleinstehende Erwachsene um 53 Euro angehoben, auf nun 502 Euro im Monat. Reicht das?

Das ist eine Erhöhung, die faktisch keine ist: Der Regelsatz wurde lediglich an die Inflation angepasst, und zwar ein Jahr zu spät. Die Menschen haben keine höhere Kaufkraft als vor ein oder zwei Jahren. In diesen Zeiten mit 502 Euro im Monat klarkommen zu müssen, bedeutet, dass an allen Ecken und Enden zu wenig da ist.

"Der Regelsatz des Bürgergeldes treibt die Menschen in existenzielle Notlagen"

Was heißt das konkret?

Es ist nachgewiesen, dass man sich vom Regelsatz nicht mal gesund ernähren kann. Das Geld ist so unverschämt knapp bemessen, dass die Beziehenden ständig einen Mangel verwalten. Dass sie einen Großteil ihrer Energie und Zeit dafür aufwenden müssen, irgendwie über die Runden zu kommen. Der Regelsatz treibt die Menschen in existenzielle Notlagen.

Sie haben das selbst erlebt.

Ich war 17, als meine alleinerziehende Mutter, die vorher lange als Erzieherin gearbeitet hatte, Hartz IV beantragen musste. Plötzlich reichte das Geld kaum noch zum Leben, und wir mussten in eine kleinere Wohnung umziehen. Nach dem Studium habe ich auch selbst für einen kurzen Zeitraum Hartz IV bezogen.

Funktioniert ein Aktivismus wie Ihrer nur, wenn er biografisch begründet ist?

Nein. In unserem Team arbeiten überwiegend Menschen, die nie selbst betroffen waren. Um dieses System abzulehnen, braucht es nur Empathie, pragmatischen Verstand und vielleicht ein bisschen Lebenserfahrung. Aber bestimmt hat man ein stärkeres Bewusstsein für die alltäglichen Probleme, wenn man persönlich mal mit Armut konfrontiert war.

Haben Sie Ihren Verein als Reaktion auf Ihre eigenen Armutserfahrungen gegründet?

Tatsächlich nicht. Als ich selbst Hartz IV bezogen habe, war mir gar nicht so klar, wie viel da falsch läuft. Natürlich war es nicht schön, ins Jobcenter zu müssen. Sobald ich dieses Behördengebäude betreten habe, diese kalte Architektur, diese merkwürdigen Umgangsformen, stellte sich ein unangenehmes Gefühl ein. Aber ich dachte: Irgendwie bin ich ja selbst schuld. Erst, als ich Geschichten von anderen gehört habe, wurde mir klar, wie falsch dieses System ist.

Was sind das für Geschichten?

Dinge, die sich leider auch mit dem Bürgergeld nicht geändert haben: unverständliche Bescheide, abgelehnte Darlehen, übergriffige Befragungen, absurde Nachweisforderungen. Und immer wieder das Ohnmachtsgefühl und das wenige Geld. Es ist so knapp kalkuliert, dass jede kleine Anschaffung zu einem großen Problem wird. Was tun, wenn die Waschmaschine kaputtgeht? Wie soll man sich eine neue leisten, wenn das Geld nicht mal fürs Essen reicht? Man muss beim Jobcenter um ein Darlehen bitten, das man dann über Monate vom Regelsatz abstottert. Doch oft wird nicht mal das gewährt, manchmal mit abenteuerlichen Begründungen.



WISSENSCHAFTLER MARCEL HELBIG

Studie zeigt, an welchen Grundschulen die Kinderarmut am größten ist – und wo der Bund helfen sollte

Erzählen Sie mal.

In einem Fall hat jemand im Winter das Jobcenter um ein Darlehen für einen neuen Kühlschrank gebeten. Das Jobcenter hat abgelehnt. Draußen sei es gerade kalt, da könne man die Lebensmittel doch für ein paar Monate auf dem Balkon lagern. Und währenddessen einfach etwas vom Regelsatz absparen. Damit man sich dann im Frühjahr einen Kühlschrank leisten kann.

Was denken Sie, wenn Sie sowas hören?

Das ist ein besonders krasser Fall, gegen den wir auch erfolgreich vorgegangen sind. Dass Darlehen

verweigert werden, kommt aber immer wieder vor. Dabei ist es doch schon absurd, dass sich Bürgergeld-Beziehende überhaupt Geld leihen müssen, um die banalsten Dinge bezahlen können. Eine Schultasche, Stifte und Bücher zur Einschulung. Oder die Stromrechnung.

Die Probleme mit den Energiekosten dürften sich vermutlich in den vergangenen Monaten verschlimmert haben.

Die Stromkosten haben sich vielfach verdoppelt. Aber im Regelsatz sind für Strom nur vier Euro mehr vorgesehen als zuletzt. Die Menschen kochen weniger und sitzen im Dunkeln, um Strom zu sparen. Die Nachzahlung zum Jahresende reißt sie trotzdem rein. Tausende werden dann mit Stromsperren bestraft, weil sie die Rechnung nicht zahlen können.

Sie versuchen, etwas dagegen zu unternehmen. Allein im vergangenen Herbst hat Ihr Verein mehr als 500 Familien geholfen, die Stromnachzahlungen zu begleichen.

Wir haben eine Umverteilungsaktion gestartet. Wer die im September mit der Gießkanne ausgeschüttete Energiepauschale nicht brauchte, konnte sie uns überweisen. Wir haben sie an Bürgergeld-Beziehende weitergeleitet, die sich ihren Strom nicht mehr leisten konnten. Rund 180.000 Euro konnten wir so umverteilen. Obwohl die Hilfsbereitschaft groß war, hat die Zahl der Anfragen das Spendenvolumen bei Weitem überstiegen. Die Not ist so groß, dass wir längst nicht allen helfen konnten.

"Wir skandalisieren nicht, wir machen die Skandale sichtbar"

Ist das nicht frustrierend?

Unsere Arbeit ist manchmal belastend. Aber es hilft zu wissen, dass wir im Kleinen immer wieder einen Unterschied machen.

Wie kommt Ihre Arbeit eigentlich in den Jobcentern an?

Nicht alle Beschäftigten im Jobcenter betrachten uns als Feind. Viele Mitarbeitende finden den Regelsatz selbst zu niedrig und teilen auch andere Kritik. Aber manche behaupten, wir würden Einzelfälle skandalisieren. Das ist Unsinn. Wir skandalisieren nicht, wir machen die Skandale sichtbar. Die Fülle an Unrecht, das in den

Jobcentern passiert, zeigt doch, dass dieses angeblich so ausgeklügelte System in Wahrheit nicht funktioniert. Jeder Einzelfall ist ein Systemfehler.

Eine große Debatte scheint gerade trotzdem nicht ums Bürgergeld zu toben.

Wundert Sie das?

Es macht mich traurig. Arme Menschen haben keine Lobby. Sie sind unsichtbar, auch weil ihnen oft die Ressourcen fehlen, um sich Gehör zu verschaffen. Sie sind mit ihrem Überlebenskampf beschäftigt. Dazu fühlen sie oft eine große Scham. Belastend hinzu kommt das Stigma, Leistungsbeziehende seien Faulpelze, die es sich auf Kosten der Allgemeinheit gemütlich machen. Ein gehässiger Mythos, der von Populisten immer wieder befeuert wird. Und leider oft sogar bei denen verfängt, die selbst Anspruch auf staatliche Hilfe hätten.

Wie kommt es, dass sich diese Vorstellung hält?

Es herrscht sehr viel Unwissen darüber, wer Hilfen bezieht. Von den rund fünf Millionen Menschen in Bürgergeld sind 1,9 Millionen Kinder und Jugendliche, 1,5 Millionen Aufstocker und 0,9 Millionen Alleinerziehende. Es bleiben 1,2 Millionen sogenannte erwerbsfähige Leistungsbeziehende, die akut einen Job suchen und oft auch irgendwann einen finden. Die Zahl bleibt, die Menschen dahinter wechseln. Das alles wird selten zur Kenntnis genommen.

Warum?

Solange wir über "Faulpelze" und "Sozialtouristen" debattieren, reden wir nicht über Reiche und Superreiche. Dabei hängt Armut vor allem damit zusammen, dass wir einem Teil der Bevölkerung vorenthalten, was ein anderer Teil im Übermaß hat. Demokratie bedeutet auch eine faire Verteilung von Ressourcen und Chancen. Erst, wenn wir den Blick dafür öffnen, wird sich die Diskussion ums Bürgergeld ändern.